

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482

Anzeigenpreis. Abrechnungen und Zahlungen müssen die Redaktion spätestens am 1. d. Monats vorliegen und werden nicht angenommen

# Der Proletarier

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von U. Vesp. Druck von G. A. S. Meißner & Co. beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Molatstraße 7 2 Et. Fernsprech Anschluss 3002.

### Terrorismus, Ausnahmegeetze und Koalitionsrecht.

VI.

Die eigentlichen Koalitionsverbote, d. h. die Verbote, die sich gegen die Beteiligung an gewerkschaftlichen Organisationen richten, sind nur in Ausnahmefällen in der Arbeitsordnung enthalten. In der Regel bestehen sie in gedruckten oder geschriebenen Reversen, die von den Arbeitern beim Arbeitsantritt unterschrieben werden müssen. Oft werden auch nur Anschläge angeheftet oder von den Meistern vorgelesen. In sehr vielen Fällen erfolgt das Verbot auch nur mündlich.

Im allgemeinen huldigen die organisationsfeindlichen Unternehmer dem Grundsatz: Widerstehe dem Anfang! Sie erlassen ihre Koalitionsverbote, sobald sie das Eindringen der Organisation in ihren Betrieb erfahren. Als vor ungefähr zwei Jahren die Arbeiter der Papierfabrik von Feltz Günther-Greiz sich dem Fabrikarbeiterverband anschlossen, ließ der Inhaber folgende Bekanntmachung anhängen:

„Der Fabrikarbeiterverband sucht Eingang in meine Fabrik zu finden. Ich warne jeden meiner Arbeiter, dem Verbands beizutreten und werde jeden, der sich dem Verbands anschließt, entlassen.“

Das Verbot wird streng gehandhabt und ist in diesem Jahre erneuert worden. Im Frühjahr 1910 traten die Arbeiter der Ziegeleien in Wienitz, Siegersdorf und Ullersdorf in größerer Zahl dem Fabrikarbeiterverband bei. Schon im April hieß es in einem gemeinsamen Anschlag der Ziegeleien:

„Die Arbeiter und Arbeiterinnen werden hiermit aufgefordert, aus der Organisation auszutreten oder die Arbeit zu meiden, da Organisierte nicht beschäftigt werden.“

Gleichzeitig mit dieser Aufforderung erfolgten Entlassungen organisierter Arbeiter. Einer davon hatte 22 Jahre bei einer Firma gearbeitet und sich ein eigenes Häuschen erbaut. Er erhielt nirgends Arbeit und mußte die Gegend verlassen. Sonntags wurden Posten ausgestellt, die auskundschaffen mußten, zu welchen Arbeitern der Verbandskassierer ging. Die so Verratenen wurden dann entlassen. — Vor einigen Monaten traten eine Anzahl Arbeiter der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff-Aktien-Gesellschaft Köln, Betrieb Troisdorf, der gewerkschaftlichen Organisation bei. Die Mehrzahl dem christlichen Hilfsarbeiterverband, eine Minderheit dem Verband der Fabrikarbeiter. Am 26. September erließ die Direktion einen langen Aufruf „An unsre Arbeiter“, von dem wir die wichtigsten Absätze hier wiedergeben.

Es ist zu unserer Kenntnis gelangt, daß in letzter Zeit Teile unsrer Arbeiterschaft Organisationen beigetreten sind, welche den Zweck haben, die Arbeits- und Lohnverhältnisse zu verbessern.

Wenn wir auch die Berechtigung dieser Bestrebungen voll und ganz anerkennen, so halten wir es doch im Hinblick auf das seit dem Jahr 1870 bestehende unsrer Gesellschaft bisher ungetrübte und hervorragende Einvernehmen zwischen uns und unsrer Arbeitern für sehr bedenklich, diesen innigen Zusammenhalt durch ein Dazwischentreten von auswärtigen Einflüssen trüben zu lassen.

Wir sehen uns nunmehr veranlaßt, organisierte Arbeiter in unsern sämtlichen Fabriken nicht mehr zu beschäftigen und fordern im Interesse eines von gegenseitigem Vertrauen getragenen Zusammenarbeitens alle diejenigen Arbeiter, welche bisher Organisationen irgendwelcher Art beigetreten sind, auf, aus denselben auszutreten oder ihre Arbeit niederzulegen.“

Die Direktion der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff-A.-G.

Köln, den 26. September 1911.

Die Arbeiter mußten sich unterschreiben, keinem Verbands beizutreten oder beizutreten. Eine Anzahl Arbeiter, die sich ihr gesetzlich erlaubtes Recht nicht rauben lassen wollten, legten die Arbeit nieder, die Mehrheit fügte sich dem brutalen Terrorismus. Abstoßend wirkt in der Bekanntmachung die einleitende Erklärung im zweiten Absatz, daß die Direktion die Berechtigung der gewerkschaftlichen Bestrebungen „voll und ganz“ anerkennt. Der gesunde Mensch kann krank werden bei so viel Heuchelei!

Wacht Tage früher als die vorstehende wurde in Ziegenrück, einem seither von der Organisation unberührten thüringischen Ort, folgende Bekanntmachung in drei industriellen Betrieben angeschlagen:

Wir haben in Erfahrung gebracht, daß verschiedene Arbeiter Arbeiterverbänden beigetreten sind. Wir verlangen von sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen bis Freitag mittag 12 Uhr die schriftliche bindende Erklärung, ob sie aus diesen Verbänden austreten oder dabei bleiben wollen. Im letzteren Falle erhalten die Arbeiterinnen und die Arbeiter nebst ihren Frauen am ersten Lohnstage die Kündigung.

Ziegenrück, den 18. September 1911. G. Edward Keller (Holzstoß- und Pappfabrik). Barthel u. Ziegler (Metallwarenfabrik). Peterßen u. Meißner (Holzstoßfabrik).

Die Brutalität dieser Bekanntmachung kann kaum noch überboten werden. Mit einer geradezu verblüffenden Unverschämtheit werden die Arbeiter zum Verzicht auf ihr Organisationsrecht gezwungen. Sogar die Frauen, die der Organisation gar nicht angehören, werden mit Entlassung bedroht, weil ihre Männer von ihrem gesetzlichen Recht Gebrauch gemacht haben. Es ist ganz undenkbar, daß jemals eine gewerkschaftliche Organisation oder auch nur ein organisierter Arbeiter an einen Unternehmer eine ähnliche Zumutung stellen könnte. — Ebenso unverschämmt, nur kürzer formulierten die Sessentaler Gipswerke ihren Angriff auf das Koalitionsrecht. Die Arbeiter hatten im Sommer 1911 der Firma ein Gesuch um Lohnerhöhung unterbreitet. Als Antwort auf das in der Form sehr höfliche und im sachlichen Inhalt sehr bescheidene Gesuch wurde ein Vorarbeiter, der 14 Jahre im Betriebe war,

kurzerhand entlassen, weil er im Verdacht stand, bei der Abfassung des Gesuches mitgewirkt zu haben. Die übrigen Arbeiter mußten in das Kontor kommen und dort wurde ihnen ein Zettel zur Unterschrift vorgelegt. Die eine Seite deszettels trug folgende Erklärung:

Ich erkläre meinen Austritt aus dem Verbands. Und die andre Seite:

Ich erkläre meinen Austritt aus der Fabrik.

Die eingeschüchterten Arbeiter unterschrieben fast sämtlich die erstgenannte Erklärung. Die Direktion des Gipswerkes gehört mit zu denen, die über den Terrorismus der Gewerkschaften zetern und die „böllige Freiheit der wirtschaftlichen und politischen Ueberzeugung“ predigen.

Zumeilen knüpfen die Unternehmer mit ihren Organisationsverböten an bestimmte Vorkommnisse an, die ihr Vorgehen rechtfertigen sollen. Ein beliebter Trick ist die Berufung auf die „unberechtigten Angriffe“, die angeblich in Versammlungen oder in der Presse gegen die Firma gerichtet wurden. Ein Beispiel dafür ist die folgende Erklärung einer Leipziger Seifenfabrik:

An die Arbeiter der Firma F. C. Steinbach.

Die wiederholten verheerenden Angriffe der sogenannten Sektionsleitung des Fabrikarbeiterverbandes veranlassen die Unterzeichneten zu der Erklärung, daß sie in Zukunft Mitglieder des Verbandes nicht mehr beschäftigen werden; denjenigen Arbeitern, die zurzeit noch Mitglieder sind, wird anheimgestellt, bis Donnerstag, den 22. September, abends, die wahrheitsgemäße Erklärung abzugeben, daß sie aus dem Verbands ausgeschieden sind.

Leipzig, den 17. September 1910.

M. Herzog, M. Schmidt, G. Steinbach.

Gleichzeitig entließ die Firma einen Arbeiter, der 34 Jahre im Betriebe beschäftigt war und einige Jahre zuvor noch die silberne Medaille für Treue in der Arbeit erhalten hatte. Nach demselben Rezept verfuhr die chemische Fabrik Th. Goldschmidt in Essen, die am 6. August 1910 folgenden Anschlag anheftete:

Seit geraumer Zeit versucht Herr Hilgmann als Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes mit falschen oder entstellten Behauptungen die Arbeiter der Firma Th. Goldschmidt gegen ihre Arbeitgeberin aufzuheizen. Die Firma hat bisher Beamte in diese Versammlungen entsandt, um den Angriffen zu begegnen und die unwahren Behauptungen richtigzustellen. Da in der letzten Versammlung am 26. Juli 1910 die Vertreter der Firma, die Herren Ludwig und Dr. Sperling, ausgewiesen wurden, kann sich die Firma nicht mehr gegen die Angriffe des Fabrikarbeiterverbandes verteidigen. Es besteht somit die Gefahr, daß das gute Verhältnis zwischen der Firma und den Arbeitern getrübt wird, woraus Nachteile für beide Teile entstehen könnten.

Ich warne deshalb die Arbeiter, Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes zu bleiben oder zu werden sowie den Verband oder seine Vertreter mit Beiträgen oder Informationen zu unterstützen und seine Versammlungen zu besuchen. Zuwiderhandelnde haben ihre Entlassung zu gewärtigen.

Gez. Th. Goldschmidt.

Es ist selbstverständlich nicht wahr, daß Vertreter der Firma deshalb ausgewiesen wurden, weil sie unwahre Behauptungen richtiggestellt hätten. Die Vertreter der Firma haben in keiner einzigen Versammlung auch nur den Versuch gemacht, Behauptungen des Verbandsvertreters zu entkräften. Wohl aber haben sie der Direktion Mitteilung gemacht, wer sich von den Arbeitern kritisch über die Firma äußert hat; diese Arbeiter wurden dann nach den Versammlungen entlassen. Am nun die Arbeiter vor Angeberien zu schützen, erfolgte die Ausweisung der Firmenvertreter. Es war also eine unter den gegebenen Umständen ganz selbstverständliche Schutzmaßregel, die der terroristischen Maßnahme der Direktion auch nicht einen Schein von Berechtigung gibt. Bemerk sei noch, daß gerade diese Firma von dem Recht, sich zu organisieren, den weitgehendsten Gebrauch macht, und daß der noch sehr jugendliche Direktor und Mitinhaber des Betriebes, Herr Karl Goldschmidt, in einer Versammlung der Unternehmerorganisation der chemischen Industrie einen Vortrag über die beste Art der Bekämpfung der Gewerkschaftsbewegung hielt. In diesem Vortrage rühmte er sich seines Vorgehens und empfahl es zur Nachahmung. Derselbe Herr Goldschmidt gehört — das ist eigentlich selbstverständlich — zu den Kämpfern für die Freiheit des Arbeiters und gegen den Terrorismus der Gewerkschaften.

Die Firma Kämpchen sen. Gummi- und Abbestwerke in Oberhausen, läßt sich von jedem eintretenden Arbeiter einen Revers unterschreiben, der unter anderem folgendes Koalitionsverbot enthält:

„Ferner verpflichte ich mich durch meine eigenhändige Unterschrift, solange ich bei der Firma W. Kämpchen sen. in Arbeit bleibe, weder einem sozialdemokratischen Verbands anzugehören noch einem solchen beizutreten. widrigenfalls die Firma W. Kämpchen sen. berechtigt sein soll, mich jederzeit sofort zu entlassen.“

Die Firma Kämpchen gibt sich, wie fast alle koalitionsfeindlichen Firmen, in der Öffentlichkeit sehr liberal. Sie ist eitel Wohlwollen und Arbeiterfreundlichkeit. ahrscheinlich rechnet sie sich auch den rücksichtslosen Raub des Koalitionsrechts als eine soziale Großtat an.

In Harburg a. d. Elbe wird in einer Reihe von Betrieben — Gummi- und Abbestwerke Harburg-Wien, Galalithwerke, Teutonia, chemische Fabrik Günther u. Schröder, Norddeutsche chemische Fabrik usw. — den Arbeitern folgender Revers zur Unterschrift vorgelegt:

„Ich erkläre hiermit, daß ich weder dem sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverband angehöre noch während meiner Beschäftigung in der...

In einigen Betrieben wird die Unterzeichnung dieser Erklärung von allen Arbeitern gefordert, in andern nur von den neu eintretenden. Es ist wirklich hohe Zeit, daß die Gesetzgebung einschreitet gegen diesen gemeingefährlichen, organisierten Terrorismus der Harburger — Arbeiter!

Die Tapetenfabrik Roswig i. Sa. läßt sich einen „Arbeitsvertrag“ mit folgenden „Bereinigungen“ unterzeichnen:

... erklärt, dem Fabrikarbeiterverbande nicht anzugehören und demselben während der Dauer der Beschäftigung bei uns auch nicht beizutreten. Er erklärt ferner, vollständig gesund zu sein und niemals ernstlich krank gewesen zu sein, und verzichtet auf alle Rechte an unsre Kasse, wenn die Angaben unwahr sind.

Diese kuriose „Bereinigung“ — die Fabrik nennt sie wirklich so — zeigt nicht nur die Organisationsfeindschaft, sondern auch die Gesetzesunkenntnis des Roswiger Fabrikpächters.

In Halle a. d. Saale, allwo die Polizei einen ebenso eifrigen wie erfolglosen Kampf gegen die Gewerkschaften führt, wollen die Unternehmer selbstverständlich das ihrige tun. Die Dachpappfabrik von Hoppe u. Neehming läßt folgenden Revers unterschreiben:

„Ich bekühme hiermit, daß ich keiner sozialdemokratischen Organisation angehöre oder angehöre will.“

Das ist eine sehr vorsichtige Formulierung. Der Revers enthält nämlich ein eigentliches Koalitionsverbot nicht. Nur die Konstatierung der Tatsache, daß der Arbeiter der Organisation nicht angehören „will“. Dafür kann natürlich der Unternehmer nicht. Wie aber, wenn der Arbeiter „will“ und die Unterschrift verweigert? Dann hat die Firma natürlich keine Arbeit für ihn. Aber wer wird denn diese Auslese der Vollenden Terrorismus nennen! Weniger „vorsichtig“ ist die Firma Hering, Ehrenberg u. Co., Seifenfabrik, ebenfalls in Halle. Hier heißt es kurz und kalt:

„Ich erkläre hiermit, daß ich keinem sozialdemokratischen Verbands angehöre oder selbstigem sofort den Rücken lehre.“

Die Firma Gebr. Jentsch, Färberei in Halle, hat das Organisationsverbot gleich in ihre Arbeitsordnung aufgenommen. Es heißt darin im § 2:

Jede in die Beschäftigung eintretende Person ist verpflichtet, der Fabrikantenkasse und dem Unterstützungsverein des Arbeitspersonals beizutreten, sie darf weder als Mitglied noch in einer andern Eigenschaft einer sozialdemokratischen Organisation angehören.

Selbstverständlich hat die Firma nicht das Recht, einen Arbeiter, der auf den Passus pfeift, zu strafen, oder gar ohne Kündigung zu entlassen. Denn nach § 134 b der Gewerbeordnung sind nur solche Bestimmungen der Arbeitsordnung rechtsverbindlich, die den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht zuwider laufen. Die oben angeführte Bestimmung aber verstößt gegen den klaren Wortlaut des § 152 der Gewerbeordnung. Sonderbar ist jedoch eins. Die Arbeitsordnung muß der unteren Verwaltungsbehörde zur Prüfung vorgelegt werden. Vorher müssen die Arbeiter gehört und deren Bedenken müssen der Verwaltungsbehörde mitgeteilt werden. Selbst angenommen, die Arbeiter hätten aus Furcht vor dem Terrorismus des Unternehmers ihre Bedenken für sich behalten, wie kommt es, daß die Behörde nichts gegen solche Gesetzesverletzungen einwendet? Sind sie ihr lieb? Man muß das beinahe annehmen. Die Arbeitsordnung der Farbenfabrik von Springer u. Müller in Leipzig hat z. B. folgenden § 10:

Organisationen von Arbeitern, welche den Interessen der Firma entgegenarbeiten, können nicht gebildet werden.

Fast unmittelbar unter dieser Bestimmung heißt es:

Die vorstehende Arbeitsordnung hat der unterzeichneten Behörde vorgelegen und sind gegen den Inhalt derselben keine Bedenken zu erheben.

Leipzig, 24. April 1910.

Die königliche Amtshauptmannschaft. J. A. v. Oppen.

Also die Behörde hat „keine Bedenken“ gegen die Beschneidung des Koalitionsrechts. Würde sie auch keine Bedenken haben, wenn die Arbeiter den Unternehmer zwingen, eine Bestimmung in die Arbeitsordnung aufzunehmen, die dem Unternehmer das Organisationsrecht raubt? Wahrscheinlich doch!

Mit diesen Beispielen für den brutalen, rücksichtslosen Terrorismus der Unternehmer mag es vorläufig genug sein. Jeder Eingeweihte weiß, daß sich die Liste beliebig verlängern läßt. Wir resümieren nur noch: Die organisierten Unternehmer zwingen ihre Kollegen mit terroristischen Maßnahmen ärgster Art in ihre Organisation; die Unternehmerorganisationen als Ganzes zwingen ihre Mitglieder durch rücksichtslose Anwendung terroristischer Mittel zur Innehaltung der Organisationsvorschriften, sie zwingen sogar Unbestimmte — Lieferanten, Abnehmer usw. — unter ihre Kontrolle und ihren Einfluß. Die individuelle Freiheit des einzelnen Unternehmers wird aufgehoben durch die Organisation, der Wille des einzelnen wird ausgeschaltet durch den Willen der Mehrheit. Der unorganisierte Unternehmer wird gequält und verfolgt, verheimlicht und geschädigt, kurz „terrorisiert“ in jeder Weise und mit allen Mitteln. Ob das gut oder schlecht, nützlich oder schädlich ist, sei hier dahingestellt. Wir konstatieren nur die Tatsache und knüpfen daran die Bemerkung: Wenn alle Behauptungen über den Terrorismus der Arbeiter und der Arbeiterorganisationen wahr wären — was sie nicht sind —, wenn die Gewerkschaften wirklich rücksichtslos alle Mittel anwendeten, um die Außenstehenden in ihre Reihen und die Widerspenstigen unter ihre Befehle zu zwingen, selbst dann

Hätten die Unternehmer nicht den Schimmer eines Rechts, den Gewerkschaften Vorwürfe zu machen, über Terrorismus zu schreiben, Ausnahmegeetze zu fordern.

Wohl aber haben die Arbeiter Anlaß, über den Terror der Unternehmer zu klagen, gesetzlichen Schutz anzurufen gegen die Freiheits- und Willensbeschränkung, die den Arbeitern auferlegt, gegen den brutalen Terror, der an Arbeitern geübt wird.

Aus dem Reichstage.

Wieder einmal war die sozialdemokratische Fraktion gezwungen, durch Einbringung und Beförderung einer Interpellation den Versuch zu unternehmen, die Verwaltung der Reichseisenbahn zur Achtung der Interessen ihrer Handwerker und Arbeiter zu veranlassen.

Gehe eine verkehrsförderliche, den Verbrauch belastende Maßnahme. Dieser wird das Gesetz in dritter Lesung angenommen werden.

Die „Soziale Praxis“ und die Firma Th. Goldschmidt, Essen.

Die Firma Th. Goldschmidt-Essen, jetzt Aktiengesellschaft, ist den Lesern des „Proletariats“ bekannt. Wir haben uns wiederholt mit der eigenartigen Auffassung, die diese Firma vom Koalitionsrecht der Arbeiter hat, beschäftigen müssen.

Ich warne deshalb die Arbeiter, Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes zu bleiben oder zu werden sowie den Verband und seine Vertreter mit Beiträgen oder Informationen zu unterstützen und seine Versammlungen zu besuchen.

Begründet wurde dieser Eingriff in das Koalitionsrecht der Arbeiter mit der Behauptung, unser Kollege Hilpmann hätte versucht, „mit falschen oder entstellten Behauptungen“ die Arbeiter der Firma „aufzuheben“.

Dieses Koalitionsverbot führte die „Soziale Praxis“ in Nr. 44 vom Jahre 1911 in einem Artikel, betitelt „Das freie deutsche Koalitionsrecht“, als Beleg für die mangelhafte Sicherung der Koalitionsfreiheit an.

Durch die Weglassung eines wichtigen Teiles des Anschlages ist also der Ansehens erweckt, als wenn wir die Teilnahme unserer Arbeiter an Arbeiterorganisationen schlechthin nicht duldeten.

Dieser Schluss enthält zweifellos eine grobe Beleidigung des Kollegen Hilpmann. Es wird ihm vorgeworfen, er habe die Firma „systematisch verleumdet“.

„In Nr. 47 der „Sozialen Praxis“ ist unter der Überschrift „Das freie deutsche Koalitionsrecht“ eine Verächtlichmachung der Firma Th. Goldschmidt abgedruckt, deren letzter Teil wie folgt lautet:

Durch die Weglassung eines wichtigen Teiles des Anschlages ist also der Ansehens erweckt, als wenn wir die Teilnahme unserer Arbeiter an Arbeiterorganisationen schlechthin nicht duldeten.

Hierzu bemerke ich, daß ich zwar die Vertreter der Firma aus der Versammlung gewiesen habe, aber nicht, um sie an einer Nichtteilnahme zu verhindern, sondern um die in der Versammlung anwesenden Arbeiter gegen Angeberei und Maßregelung zu schützen.

Wenn die Firma in ihrer Verächtlichmachung den Ansehens sucht, als bekämpfe sie nicht die Gewerkschaftsbewegung als solche, so genügt hier wohl der Hinweis, daß der Inhaber der Firma, Herr Karl Goldschmidt, bei der vorzüglichen Leitung der Unternehmung der chemischen Industrie einen Vortrag über die guten Gewerkschaften gehalten und den wesentlichen Inhalt dieses Vortrages veröffentlicht hat.

Die „Soziale Praxis“, die die Beleidigung unseres Kollegen Hilpmann anstandslos aufgenommen hatte, lehnte die Aufnahme dieser Notiz zunächst völlig ab.

In dieser Form war die Behauptung unwichtig. Kollege Hilpmann ist nämlich wegen einer Zeitungsnotiz, die er verantwortlich gezeichnet hatte, mit 150 M. Geldstrafe belegt worden.

nutzen würde, um eine neue Verächtlichmachung daranzuknüpfen, sandte die Redaktion des „Proletariats“, nach vorheriger Verächtlichmachung mit dem Kollegen Hilpmann, der „Sozialen Praxis“ folgendes Schreiben:

An die Redaktion der „Sozialen Praxis“ Berlin W. 30, Kolonnenstraße 29/30.

Unser Beiratler, Herr Hilpmann, ersucht uns, Ihnen mitzuteilen, daß die Notiz in Nr. 50 der „Sozialen Praxis“ vom 14. September d. J. einen Irrtum enthält.

Dieses Schreiben datiert vom 26. September. In ihrer Nummer vom 9. November bringt nun die „Soziale Praxis“ folgendes Notiz:

„Zum Streit um die Koalitionsfreiheit der Arbeiter der Firma Th. Goldschmidt hatten wir XX Sp. 1468 festgestellt, daß die Firma dadurch, daß sie ihren Arbeitern „nur die Teilnahme an dem von einem gewissen Hilpmann geleiteten Verbands unterzögert“, sich einer ungewöhnlichen Beschränkung des den Arbeitern gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts schuldig mache.

„Zum Streit um die Koalitionsfreiheit der Arbeiter der Firma Th. Goldschmidt hatten wir XX Sp. 1468 festgestellt, daß die Firma dadurch, daß sie ihren Arbeitern „nur die Teilnahme an dem von einem gewissen Hilpmann geleiteten Verbands unterzögert“, sich einer ungewöhnlichen Beschränkung des den Arbeitern gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts schuldig mache.

Es erscheint durchaus menschlich, daß einer Firma die Zugehörigkeit ihrer Arbeiter zu einem Verbands, durch dessen Vorführer sie sich beleidigt fühlt, nicht erwünscht ist.

Mit keinem Wort teilt die Redaktion der „Sozialen Praxis“ mit, daß ihr eigenes Versehen der Firma Goldschmidt Anlaß zu einer Verächtlichmachung gab.

Zu dem sachlichen Inhalt der Notiz sei noch bemerkt, daß Hilpmann verurteilt wurde, weil er in einer Notiz eine Äußerung wiedergab, die ein alter Arbeiter über die Pension der Firma gemacht haben sollte.

Bei dem sachlichen Inhalt der Notiz sei noch bemerkt, daß Hilpmann verurteilt wurde, weil er in einer Notiz eine Äußerung wiedergab, die ein alter Arbeiter über die Pension der Firma gemacht haben sollte.

Bemerkte sei noch, daß sowohl die Klage gegen Hilpmann als auch die gegen die Redaktion erst im Laufe dieses Jahres erfolgten, das Organisationsverbot der Firma aber datiert vom August 1910.

Es wird der Firma aber kaum gelingen, unbefangene Leser davon zu überzeugen, daß sie im August 1910 den Arbeitern den Beitritt zum Fabrikarbeiterverband verbieten mußte.

Es wird der Firma aber kaum gelingen, unbefangene Leser davon zu überzeugen, daß sie im August 1910 den Arbeitern den Beitritt zum Fabrikarbeiterverband verbieten mußte.

Es wird der Firma aber kaum gelingen, unbefangene Leser davon zu überzeugen, daß sie im August 1910 den Arbeitern den Beitritt zum Fabrikarbeiterverband verbieten mußte.

Es wird der Firma aber kaum gelingen, unbefangene Leser davon zu überzeugen, daß sie im August 1910 den Arbeitern den Beitritt zum Fabrikarbeiterverband verbieten mußte.

Es wird der Firma aber kaum gelingen, unbefangene Leser davon zu überzeugen, daß sie im August 1910 den Arbeitern den Beitritt zum Fabrikarbeiterverband verbieten mußte.

Es tut auch nichts zur Sache.

### Amfliche Befstigung und private Ablegnung der Teuerung.

Der Monatsbericht des preussischen Staatssekretars in Berlin, der nach den Notierungen in 50 preussischen Stdten die Preisbewegung wichtiger Lebensmittel feststellt, gibt von den Kleinhandelspreisen im Oktober folgendes Bild:

(Preise in Pfennigen)	Oktober 1911	September 1911	Oktober 1910	Oktober 1909
Erbsen 1 Kilogramm	42,2	40,9	37,4	37,3
Speisebohnen 1 "	47,9	46,6	40,9	38,5
Binsen 1 "	56,1	54,4	43,1	46,0
Ehrlartoffeln 1 "	10,0	10,6	8,0	7,1
Ebutter 1 "	302,4	292,2	265,8	271,9
Eier 1 Schock	517,2	473,3	523,1	496,5
Wurst 1 Pfund	21,6	21,0	19,9	19,3

Wie hier angefuhrten Lebensmittel sind gegen den gleichen Monat der beiden Vorjahre im Preise gestiegen. Auch vom September bis zum Oktober d. J. ist, mit Ausnahme der Kartoffeln, eine allgemeine weitere Preissteigerung eingetreten. Trotzdem behaupten Sachmaenner, es gebe keine Teuerung. Die "Deutsche Tageszeitung" meint erst uhrlich, das eine Teuerung nicht bestnde, wrde am besten dadurch bewiesen, das in Berlin noch immer zahlreiche Vergugungen stattfinden. Vor allem sei das Anspielen von Gntzen ein viel verbreitetes Vergnigen der Arbeiter. Und im Anschluss daran schreibt das Junferblatt:

"Manche Hausfrau wrde gebrigt aufbegehren. Denn manche Arbeiterfrau hlt es fr ungerbrigt, wenn man ihr zumuten wrde, etwa Schllisch oder Rauchfleisch in den Topf zu tun. Kotelette, Bratenfleisch oder eine gute Gans sind bequemer zu behandeln, schmecken besser und gehren sich nun einmal so! Wer jemals dem Einkauf von Arbeiterfrauen in der Markthalle oder im Fleischerladen zusehen hat, der wird das bestatigen. Solange Geld da ist, wird gut gelebt; zu Zeiten der Arbeitslosigkeit schimpft man aber die begerlichen Agrarier und sonst noch wen, pumpt den Kleinhdler in der Nachbarschaft an, das ihm die Haare zu Berge stehen, - aber hungert nicht etwa. Jedoch man nennt es Hungerstrei!"

Selbstverstandlich polemisiert man nicht gegen eine solche freche Verhohnung der Arbeiter. Wir fangen den Gegr nur niedriger, damit unsere Mitglieber am 12. Januar wissen, wie die Konserbativen uber die Not der Arbeiter urteilen. Wobei wir nicht vergessen wollen, daran zu erinnern, das nationalliberale Blatter sich ahnlich ausgebrt haben.

Slandalos ist aber, das sogar ein sogenanntes "Arbeiterblatt" dem Gschrei uber den Lutz der Arbeiter zustimmt. Die "Arbeit", das Blatt des christlich-sozialen Reichstagsabgeordneten Behrens, schreibt in der Nr. 45 vom 11. November unter der Ueberschrift "Illustration zur Teuerung" in bezug auf die sozialdemokratische Presse:

"Da wird behauptet, der Arbeiter kenne der Teuerung halber kein Fleisch mehr kaufen, aber zumal in den Industriestdten ist in Wirklichkeit der Fleischkonsum ein sehr harter. Wer jener den ungeheurer gestiegenen Aufwand kennt, den die weibliche Jugend unserer Arbeiterbevulkerung mit Kleibern und Gnten treibt, wer die unentwegt zigarettenrauchende mdnliche Arbeiterjugend taglich vor Augen hat, wird allein dadurch schon an der Tatsache auch nur enersert so schwerwiegender Notstnde, wie die sozialdemokratische Presse sie gewissenloserweise immer aufs neue "feststellt", vollkommen irre. Noch mehr wird er es, wenn er auch nur oberflachlich dem Betrieb der Vergugungsbureaus und Wirtschaften in den Industriestdten seine Aufmerksamkeit zuwendet. Von Interesse sind in dieser Beziehung Nachweise, die Ulrich von Dasselhof aus durch die Presse gingen und ein Bild davon geben, in welchem MaBe gerade die unteren Bevölkerungsschichten am Vergugungstreiben teilnehmen. Die Dasselhofer Vergugungsstatistik des letzten Vierteljahres weist so ziemlich auf allen Gebieten eine sehr wesentliche Zunahme der Vergugungen und der Teilnehmer gegenuber der gleichen Zeit im Vorjahre auf. Weitmas am starksten aber gerade bei denjenigen Vergugungen, die erfahrungsgemass am allermeisten von den unteren Volksschichten besucht werden, den Spezialitaten- und Kinematographentheatern."

Das sich das Behrensbltchen mit seiner Behauptung gerade auf Dasselhofer bezieht, hat seinen guten Grund. Denn die Dasselhofer Arbeiter treiben in der Tat einen unerschtkten "Lutz" im Lebensgenuss. Das hat sogar die Dasselhofer Handelskammer in ihrer Monatsubericht festgestellt. Sie fahrt aus, das der Verbrauch des Pferdefleisches in den unteren Bevölkerungsschichten von Jahr zu Jahr zunimmt. Auf dem Schlachthof in Dasselhof wurden Pferde geschlachtet in den Jahren 1908: 1738, 1909: 1861, 1910: 2022 Stck. Wir frchten, das es im Jahre 1911 damit noch schlimmer geworden ist. Der raffinierte Aufwand der Dasselhofer Arbeiter ist in den Riffen uber den Pferdefleischverbrauch noch gar nicht einmal voll dargestellt. AuBer den Pferden wurden noch viele Hundert andere edle Lusttiere, wie Hunde und Katzen, von ihnen angezogen. Diese zahlen in die Kubrit, "Hausschlachtungen", und kommen nach dem Behrensbltchen in die Statistik nicht in Frage. Und da wollen die sozialdemokratischen Zeitungen vom Sinken der Lebenshaltung der Arbeiter reden? Umgekehrt wird ein Schuh daraus! Die haheren Klassen sind es, die in Wahrheit verelenden. Diese mssen sich mit dem Fleische des gewhnlchen Viehzeuges ernhren, von Dshen, Kllbern, Schweinen, Fasanen, Stehbhnern, Schnepfen und Gummern, whrend sich das niedere Volk an den edlen Lusttieren, an den Pferden, Hunden und Katzen guttlich tut.

### Der Dant des Kapitals.

Der "Frankfurter Zeitung" wird aus Stockholm geschrieben: Das Leben bietet nicht blof Unternehmlichkeit, sondern besteht auch Unternehmlichkeit. Es schafft manchmal Vorflle von so unmglich schmeibender Brutalitt, das man sie fr die Ausgeburt eines strapelosen Kapitalisten halten mchte, wenn sie nicht unangewisselbar und verbirgt wrden. Ein solcher Vorfall hat sich eben hier ereignet. In Schweden besteht eine "Patriotische Gesellschaft", die an besonders treue Diener Silbermedaillen verteilt. Am jehem Unwiderlichen von dem Empfange derselben auszuschliessen, ist die Bestimmung getroffen, das der Empfänger von seinem Dienstgeber empfangen und die Angaben des Dienstgebers von den lokalen Behrden bestatigt sein mssen. Die Leitung der hiesigen St.-Eriks-Bruderei hat nun einen 62jdhrigen Arbeiter, der 42 Jahre im selben Berufe und 25 Jahre in derselben Bruderei ttig war, fr diese Medaille empfohlen, und da er wrtlich ein wertvoller Arbeiter war, erhielt er sie auch. Im Beisein der Behrden, in Gegenwart der Fabrikdirektoren. "Fr langjdhrige treue Dienste" . . . Und diesen selbst 62jdhrigen Arbeiter, der fast ein Menschenalter in der St.-Eriks-Bruderei gearbeitet und deren Direktoren ihn fr die Medaille empfohlen, hat sie gleich nach der Feierlichkeitskurzerhand entlassen. Ohne Pension, ohne Abfindung, ohne einen andern Grund, als das seine treuen Dienste schon zu langjdhrig waren, er zu alt war. Dazu kommt, das gerade vor zwei Tagen die Mtter mitteilten, das der Wert der Aktien der St.-Eriks-Bruderei im Jahre 1882 nur 25 Kronen betrug und ohne Erhhuung des Aktienkapitals dant dem Brudereiartikel auf 30 000 Kronen gestiegen ist. In 30 Jahren hat sich also der Aktienwert auf einhundertfveifsigfache vermehrt. Zweifelslos auch durch die "langjdhrigen treuen Dienste" des Gntzes, der jetzt Knall und Fall entlassen worden ist und nun dasicht ohne Brot, aber mit Medaille.

Der Bericht kennzeichnet die kapitalistische Profitgier gewis nicht ubel. Uns wundert jedoch - wir haben das schon wiederholt bemerkt - das die "Frankf. Ztg." derlei kapitalistische Missetaten immer nur dann erfahrt, wenn sie - im Auslande passieren. Und das gibt es in Deutschland ebenfalls und hnliche Anlufe zur Kritik in Fille. So entliegen vor einigen Monaten die Essentiale Gipswerke einen Vorarbeiter, der 14 Jahre im Betriebe ttig war, nur deshalb, weil er im Verdacht stand, bei einer Petition der Arbeiter um Lohnaufbesserung mitgewirkt zu haben. Und die Seifenfabrik von Steinbach in Leipzig entlies im Vorjahre einen Arbeiter, der 34 Jahre im Betriebe ttig war und einige Jahre zuvor - gleich seinem schwedischen Leidensgenossen - die Medaille fr treue Arbeit erhalten

hatte. Er hatte aber das Unglck, lngere Zeit krank zu werden. Als er sich wieder zur Arbeit meldete, hie es: "Bessere Arbeit knnten Sie nicht mehr machen und letzte gibt es nicht. Die bekannte Kaffeefabrikator, Fabrik von Metzler entlies vor einigen Jahren einen Arbeiter, der 44 Jahre im Betriebe gefrdet hatte. Er erhielt die schrfliche Befstigung, das er seine Arbeiten immer zur Aufrechterhaltung erledigt habe. Die Entlassung erfolgte, weil der alte Arbeiter, zum ersten Male in seinem Leben, wegen Krankheit 14 Tage aus dem Betriebe musste. Als er wiederkam, hie es: "Ihr Platz ist befehlt kurz vor diesem wurde in demselben Betriebe ein Arbeiter entlassen, der 36 Jahre seines Lebens dem Unternehmen geopfert hatte.

Ein andrer Fall wird uns von Hamburg gemeldet: Bei der Dampfbohrereier, damals Helbing, wird unter den alten Arbeitern seit langem aufgerudmt. Einer von ihnen hat vergeblich andre Arbeit aufnehmen wollen, und als ihm nichts mehr gelang, ist er freiwillig aus dem Leben gegangen, indem er bei aller Spkerei sich keinen auch noch so unmerklchen Lebensabend erkmpfen konnte. Nun hat man in demselben Betriebe wieder einen alten Arbeiter gehen lassen, der 32 Jahre dort gearbeitet hat. Warum? Der Direktor antwortete dem Alten: "Ich habe keine Arbeit mehr fr Sie!" Mag er nun sehen, wo er bleibt, und ob ihm sonst noch jemand Arbeit gibt. Das der Arbeiter seine Pflicht immer erfllte und zu seiner Entlassung keinen Anlass gegeben hat, mag folgendes Abgangszengnis beweisen:

### Zengnis

Wir bezeugen hiermit, das Herr . . . geboren am 27. September 1853 zu Wendorf, vom 24. April 1879 bis heute bei uns als Arbeiter beschftigt war. Derselbe war in jeder Hinsicht ehrlich, fleissig und fhrte die ihm übertragenen Arbeiten zu unserer vollsten Zufriedenheit aus.

Dampfbohrereier und Brecherei-Fabrikanten A.-G. vormalig Heint. Helbing. Joh. Groth. J. Koh.

Nun geht der "treue Arbeiter", der immer ehrlich und fleissig war und alle Arbeiten zu unserer vollsten Zufriedenheit der Unternehmer ausfhrte. Von einem weiteren Fall kapitalistischen Unanstandes wird uns von dem Kdnigreich des Papierfabrikanten Niethammer berichtet. Ein Kollege schreibt der Redaktion: Kzlich kam ich in die Wohnung eines alten Arbeiters der Firma Niethammer in Kriebstein. An der Wand in der "guten Stube" hing ein Diplom: "Fr Treue in der Arbeit", mit folgender Widmung:

"Der Verein Deutscher Papierfabrikanten erteilt dem Hollndermller

dieses Diplom in Anerkennung 25jdhriger ununterbrochener treuer Dienstleistung bei der Firma Kbler und Niethammer. Kriebstein. . . . . Der Vorsitzende: Albert Niethammer."

Mit feuchten Augen sieht unser Diplominhaber auf diese einmalige Anerkennung seiner treuen Dienstleistung. Sind doch die Zeiten mittlerweile ganz anders geworden. Unter tiefer Krnkung erfahrt der Diplominhaber mit meinem Begleiter, das er vom Oktober 1876 bis April 1910 bei der Firma Niethammer beschftigt und von diesem Zeitpunkt bis Anfang Mdrtz 1911 krank gewesen sei. Als er sich dann wieder zur Arbeit meldete und das Geschehen um eine leichtere Beschftigung stellte, da er die bisherige Arbeit nicht mehr leisten knnte, wurde er von einem Betrieb zum andern geschickt, aber nirgends konnte man den alten Diplominhaber gebrauchen. Herr Direktor Nieme meinte zu ihm: "Sehne Sie eine Bihle in der Hochschule Pferde ammale oder eine Bihle Hausarbeit mache." AuBerdem schrieb der Herr Direktor dem alten Arbeiter ungefahr folgendes Brief:

"Die Fabrikarbeit kann Ihnen schdlich sein bei Ihrem Leiden. Sollten Sie aber dennoch bereit sein, die Fabrikarbeit wieder aufzunehmen, dann erklren wir uns bereit, Sie am Querschneller fr 2,50 Mk. pro Schicht zu beschftigen, wenn Sie eine Befstigung vom Ortsvorstand beibringen, das Sie nicht Mitglied unserer Betriebskrankenkasse sein brauchen." Und persnlich auBerte sich der Herr Direktor Nieme noch so: "Sie haben die Kaffe in ungewhnlcher Weise ausgenutzt. Spematismus kann immer wiederkehren. Als Vorsitzender der Krankenkasse mssen Sie dafur sorgen, das die Kaffe nicht so ausgenutzt wird." Der ganze Segen der Betriebskrankenkassen spricht aus diesem Vorgang. Ueber 30 Jahre hat der alte Arbeiter fr einen sehr hohen Lohn bei der Firma Niethammer gedient; viele Jahre hat er fr 17 bis 20 Pf. pro Stunde gearbeitet. Nach 25jdhriger Beschftigungsdauer wird er mit einem papierenen Diplom "beehrt", und nach 34jdhriger Ttigkeit soll der Mann auf seine Mitgliedschaft in der Fabrikantenkrankenkasse verzichten, um weiterarbeiten zu drfen.

Das sind einige Fille, die uns gerade zur Hand sind. Die Liste knnte bis ins Unendliche verlngert werden. Die kapitalistische Mihschickseligkeit ist ebenso international wie das Kapital selbst. Es ist notwendig, daran zu erinnern, weil es Leute gibt, die der Meinung sind, Fille, wie die "Frankf. Ztg." sie fihrt, knnten in Deutschland mit seinen rcksichts- und einheitsvollen Unternehmern nicht vorkommen.

### Papier-Industrie

+ Aus dem Kdnigreich der Firma Niethammer.

Aus Sachsen wird uns geschrieben: Alle charakteristischen Momente kapitalistischer Profitgier finden wir in dem Betriebe der Firma Kbler u. Niethammer beisammen: "Wohlfahrten" statt auslndlichen Lohnes, Ueberstunden und Sonntagsarbeit statt ertaglicher Arbeitszeit. Damit nun Herr Dr. Konrad Niethammer einmal beranlagt wurde, sich um die Lohn- und Arbeitsbedingungen seiner Arbeiter zu kmmern, sandte der Fabrikarbeiterverband im Auftrage der Arbeiter am 14. Februar 1911 ein Schreiben an Herrn Dr. K. Niethammer, in dem die Arbeiter um Befreiung der zwlfjdhrigen Arbeitszeit - die meist ohne Pausen gearbeitet wird - sowie der Sonntagsarbeit und um eine Lohnzulage von 3 bis 4 Pf. nachsuchten. AuBerdem wurde Herr Niethammer erfucht, die Erklrung abzugeben zu wollen, das er die Arbeiter an ihrem gesetzlich garantierten Reaktionsrecht nicht hindern wolle. Herr Niethammer wurde noch darauf aufmerksam gemacht, das er durch die Erklrung der an ihn gestellten Arbeiterwunsche den Arbeitern nicht nur Pausen zum Gehen, ein besser geregeltes Arbeitsverhltnis und Sonntagsruhe fr die Arbeiter und deren Familien ermoglichen, sondern auch die Arbeitsfreudigkeit und das Wohlergehen des Arbeitspersonals zweifelslos auBerordentlich frdern wrde. Auch darauf wurde hingewiesen, das Lhne, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen im engsten Zusammenhange mit Krankheit und Unfllen stehen. Aber Herr Niethammer kmmerte sich um die Wnsche seiner Arbeiter nicht im geringsten. Um so mehr kmmerten sich die Beamten der Firma um das Organisationsrecht der Arbeiter. Immer wieder kommt es vor, das Beamte der Firma Mitglieder eines Verbandes zwingen wollen, aus dem Verbands auszutreten. Es wird gedroht mit Entlassung, mit Aufgabe der Fabrikwohnung usw. Auch die Mdter der jungen Leute werden ttig bearbeitet, auf ihre Kinder einzuwirken, damit diese aus dem Verbands austreten. Um zu erfahren, wie sich der vielfach organisierte Herr Niethammer zu dieser Behinderung des Organisationsrechts der Arbeiter stellt, richteten wir im Frhjahr dieses Jahres an Herrn Niethammer folgende Anfrage: "Herr Dr. K. Niethammer, Sie gehhren doch dem Verein deutscher Papierfabrikanten an? Sind also organisiert. Ist es Ihnen bekannt, das einige Ihrer Beamten das Reaktionsrecht Ihrer Arbeiter mit Fngen treuen? Ist Ihnen bekannt, das diese Ihre Beamten in einer Weise gegen das Reaktionsrecht der bei Ihnen beschftigten Staatsbnger zu Felde ziehen, so das die Grenzen von Moral und Sitte lngst uberschritten wurden? Herr Niethammer, was wrden Sie sagen, wenn Ihre Arbeiter unter Drohung von Ihnen verlangen wrden, Sie sollten aus dem Verein deutscher Papierfabrikanten sowie aus den sonstigen wirtschaftlichen und politischen Vereinen, denen Sie als Mitglied angehoren, austreten?" Herr Niethammer ist auch hierauf die Antwort schuldig geblieben. Es scheint also, als ob er die Handlungen seiner Beamten billigt. Die Arbeiter werden sich selbstverstandlich durch solche MaBnahmen nicht abhalten lassen, von ihrem Organisationsrecht Gebrauch zu machen. Vielmehr wird gerade der Kampf gegen den Verbands ihnen erst zeigen, wie sehr die Unternehmern den Verbands als eine wirkliche Interessensvertretung der Arbeiter frchten.

Ab und zu kehrt Herr Niethammer den Arbeiterfreund in einer Weise heraus, die oemal lustig wirkt. So hatte er zur diesjdhrigen "Sebanfeier" eine gemeinschaftliche Reise nach Dresden zur Hygieneausstellung arrangiert, und dort hatte er "seinen" Arbeitern eine schmungvolle Rede gehalten, in der er seinen "lieben Arbeitsgenossen" predigte wie der Fruch den Gntzen. Selbstverstandlich fahrt er auf die "schlechten Mdner", die in die Werken unserer Volksgenossen statt Blut Gift, in die Herzen unserer Jugend saft Begeisterung und Idealismus Weib und Verblitterung zu senken suchen. Er nehmen Herrn Niethammer seine Philippika gewis nicht ubel. Warum soll er sich nicht einmal seinen Groll von Herzen herunterreden! Viel nsther wird's freilich nicht. Die Arbeiter merken am eigenen Leibe, das ihr Blut durch die lange Fron in Licht und Luftarmen Rdmen und die mangelhafte Ernhrung vergiftet wird und das die Unzufriedenheit aus der ungerechten "Teilung" des Ertrags ihrer Arbeit herrscht. An die Herzen, die an dieser Vergiftung der Volksgesundheit, an dieser Erregung von Unzufriedenheit schuld sind, mag Herr Niethammer seine Predigten richten. Ob er das tun wird?

+ Herr Kade beschrtigt. Zu dem Artikel: "Eine gelbe Grndung in Sdnitz" in Nr. 39 des "Proletariats" schreibt uns Herr Kade:

Sdnitz, O.-L., den 14. November 1911.

Auf Seite Nr. 231 des "Proletariats" Nr. 39 stehen die Worte: "Herr Kade hat ihn bei seinem Arbeitgeber benutzigt und seine Entlassung verlangt."

Diese Worte sind unwahr. Herr Kade. Wir nehmen die Versicherung des Herrn Kade zur Kenntnis und konstatieren zugleich, das Herr Kade zu dem ubrigen Inhalt des Artikels gar nichts sagt. Und das ist sehr bezeichnend.

### Verchiedene Industrien

- Mafteburg (Ostpr.). In der hiesigen Ruderfabrik sahen sich die Arbeiter veranlagt, angesichts der Teuerungsvverhltnisse und der niedrigen Lhne, welche 2 bis 2,50 Mk. pro Tag betragen, eine Aufbesserung ihrer Lhne anzufordern. Sie beschloffen in zwei Betriebsversammlungen, ein Lohngefuhr einzureichen und um 30 bis 40 Pf. mehr Lohn pro Stunde zu erwirken. In zwei weiteren Betriebsversammlungen unterzeichneten die Arbeiter das Lohngefuhr und wahlten eine Kommission, die ihr Gefuhr ev. noch mndlich der Fabrikleitung gegenuber vertreten sollte. Die Arbeiter glaubten, das die reichen Herren ihre Bitte erfllen wrden. Aber weit gefehlt. Es wurde ein Arbeiter der Kommission heringerufen und dieser erst nach verschiedenen Sachen gefragt. Auch soll dieser Arbeiter, der erst einen grohen Mund hatte und sogar in den Versammlungen die Kollegen zur Arbeitsniederlegung aufgefodert hatte, umgefallen sein und den Herren gegenuber die Arbeiter angegrndet haben. Wie nun die Gdte der Herren aussieht, mag folgendes beweisen: Der Vorsitzende der Ruderfabrik, Herr Freier v. d. Goltz, sagte zu einem Arbeiter: "Er sehe nicht ein, das alles teurer sei, im Gegenteil, frher habe der Zentner Schmeie 50 Mk. gekostet, heute aber nur 40 Mk." Das Herr v. d. Goltz als Grohgrundbesitzer und Landbesitzer nichts von der Teuerung merkt, das glauben wir. Dafur aber merken es um so mehr die Arbeiter. Das Vorstandmitglied Sdnidernhuldenbesitzer Herr Reiche meinte: "Wenn ich Direktor wrde, so schmeie ich auch alle drei (die Kommissionenmitglieder) raus!" Na also. Das ist doch wenigstens patriotisch. Der Herr Direktor Kranke endlich stellte das ganze "nationale" Denken der Junker und Bourgeois in den Vordergrund, indem er sagte: "Was tut ihr? Ihr tut doch gar nichts, wenn ich mir Kolodien nehme und denselben 50 Pf. pro Tag mehr gebe, dann habe ich Leute genug." Wirklich sehr edel, dieser Herr! Den Polen 50 Pf. mehr, aber dem deutschen Arbeiter nicht 2 Pf. Und das nennen die ihre Leute dann "national". Amn, die Arbeiter werden sich bei dem Dshen daran zu erinnern wissen.

\* Sdnimar. In der Leutoburger Horn- und Jelloloidwarenfabrik von Gmann u. Pothast in Sdnimar sind die Lohnverhltnisse auBerordentlich verbesserungsbedurftig. Erwachsene Arbeiter erhalten 20 bis 25 Pf. und jugendliche 10 bis 17 Pf. die Stunde. Die erwachsenen Mordarbeiter verdienen 2,80 bis 3,20 Mk. den Tag; die jugendlichen erhalten jedoch nur zwei Drittel des Mordpreises ausbezahlt. Arbeiterinnen verdienen 90 Pf. bis 1,50 Mk. den Tag. Uho dazwischen Lhne, die bei der herrschenden Teuerung auch nicht annhernd zur Befreiung der Unterhaltskosten ausreichen. - In den ubrigen Betrieben am Orte steht es nicht viel besser. Von den drei Kammfabriken beschftigt die Firma E. Ktner u. Co. meist altere Arbeiter bei einem Mordwerbende von 16 bis 22 Mk. die Woche; die Firma Weier u. Co. beschftigt fast nur jugendliche und zahlt erheblich schlechtere Lhne. Leider haben die Arbeiter den Wert der Organisation noch nicht erkannt, sonst liee sich hier manches bessern. Es ist jedoch zu hoffen, das die ndchste Zukunft auch hier Wandel bringen wird.

### Gegnerische Gewerkschaften.

Das Ende der Volkshagd.

Wie unsern Mitgliebern bekannt, hat im Vorjahr der frhere Redakteur der "Gewerkschaftszeitung" Wolff, eine Broschre geschrieben, in der er die "Mittelwirtschaft" im christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverband an den Pranger stellen wollte. Vorher hatte Wolff sein "Material" einigen Zeitungen, darunter auch dem "Proletariat", zur Verfgung stellen wollen. Wir haben auf das freundliche Angebot des Herrn nicht reagiert, weil wir Wolff aus seiner Ttigkeit als Redakteur des Schaffensburger Verbandes zu gut kannten. Aus demselben Grunde haben wir auch seine Broschre sehr gering bewertet.

Der christliche Verband strengte gegen seinen ehemaligen Redakteur Klage an, die sich jedoch aus Grnden, die wir nicht kennen, sehr lange hinzog. Erst jetzt hat das Amtsgericht Duisburg-Muhrort das Urteil gefallt. Wolff wurde zu 400 Mk. Geldstrafe und zur Tragung der Kosten verurteilt. Das Urteil ist in 10 - zehn - Zeitungen, darunter auch im "Proletariat", publiziert worden.

Das das Gericht zu einer Verstrafung kommen wrde, war vorauszusetzen, dasfr sorgte schon die Form der Anklage. Die Verstrafung ist aber nicht nur wegen Formaler Beleidigung erfolgt; vielmehr ist das Gericht auch der Meinung, das es Wolff nicht gelungen ist, fr seine Behauptungen den Wahrscheinlichkeit zu erbringen.

Somit, so gut. Man findet sich aber in der Urteilsbegrndung eine Stelle, die fr den Odnwalden Verband einen argen Respektuber bedeutet. Wolff hatte dem Zentralvorstand des Schaffensburger Verbandes nmlich auch Verschleierung und Verunkelung der Kassenfhrung vorgeworfen. Wolff begrndete diesen Vorwurf damit, das die Abrechnung des Verbandes fr das Jahr 1908 einen Kassenbestand von 2763 Mk. ausweise, obwohl der Verband nicht nur keinen Pfennig Kassenbestand, sondern auch noch einen erheblichen Posten Schulden hatte. Der Verband hatte nmlich schon im Dezember 1908 ein Darlehen von 5000 Mk. aufnehmen mssen. Im Jahre 1909 brach dann ein Streit im Sdnhofer Lithographengebiet aus, der den Verband veranlagte, ein weiteres Darlehen von 51 000 Mk. beim Gesamtverbandes war nun aber kein einziger dieser Anteilhaber der Verband der christlichen Gewerkschaften aufzunehmen. AuBerdem pumpte noch ein Privatmann (?) 8000 Mk. In der Abrechnung des Verbandes wurde ein Verbandsbeitrag von 50 000 Mk. in die mtherliche Abrechnungsmethode des christlichen Verbandes. Es stellte sich nmlich heraus, das die gepumpten Summen als - Sonstige Einnahmen - verbucht sind. Diese, sagen wir einmal ganz milde, eigenartige Buchungsmethode ist zweifelslos wie geschaffen fr Leute, die Wasser treiben wollen. Nach dieser Methode kann man immer jede Unterbilanz beistimmen. Man pumpt einfach Geld und stellt das in die Einnahme. Selbst der Sachverstandige, der Zentrumsdgeordnete und Praktikantkollege des Herrn Odnwald, der im allgemeinen an der Buchfhrung des Verbandes nichts auszufehen fand, gab zu, das diese Art, ein Defizit zu beistimmen, denn doch nicht ganz korrekt ist. Und das Gericht erklrte in der Urteilsbegrndung, das die Art der Verrechnung der 50 000 Mk. Einnahme "Einnahmen" ohne einen das Anleiheverhltnis andeutenden Zusatz als unrichtig erachtet und als Abrechnungsanlass zu geben geeignet ist". Gleichzeitig erklrte das Gericht jedoch, das es in dieser Buchungsmethode keine abschltliche Tuschung erblicken knnte, denn der Zeuge Stegerwald, der Sekretar der christlichen Gewerkschaftszentrale, habe behauptet, das bei



## Chemische Industrie

### Statistische Schönfärberei im Dienste des chemischen Kapitals.

In Nr. 22 der Zeitschrift „Die Chemische Industrie“ machen die Herren Dr. Curschmann und Dr. Brauer den Versuch, die Krankheitsstatistik der Berufsge nossenschaft der chemischen Industrie gegen unsere Kritik zu verteidigen. Das gelingt ihnen aber arg daneben. Vorkühnigerweise gehen die beiden Ehrenretter auf die Hauptpunkte unserer Kritik nicht ein. Dr. Curschmann beschränkt sich auf die Erklärung der angegriffenen Tabellen und Dr. Brauer ist noch viel bescheidener; er steuert nur einige allgemeine Ausreden bei. Das ist nun zwar eine sehr bequeme Art der Abwehr, ob aber den chemischen Unternehmern, die doch mit dieser Statistik den Nachweis liefern wollten, daß die in der Öffentlichkeit aufgestellten Behauptungen über das hohe Maß der Gesundheitsgefährlichkeit der chemischen Betriebe übertrieben seien, mit so lahmten Ausreden gedient ist, ist eine andre Frage.

Wir hatten in unserer Kritik zunächst bemängelt, daß die Unternehmer das Ergebnis der Statistik im voraus bestimmt haben, weil wir befürchten, daß diese Zwangssetzung des Resultates die Aufnahme beeinflusst hat. Diese Befürchtung begründeten wir mit der Feststellung, daß mit Inangriffnahme der Statistik die Krankenziffer in manchen chemischen Großbetrieben kurzzeitig zurückging.

Dazu erklärte Dr. Brauer: „Die Ursache für den Rückgang liegt einzig und allein darin, daß das Jahr 1910, wie unbefristet feststeht, im Allgemeinen ein gesundheitlich ganz besonders günstiges gewesen ist.“ Nun zeigt allerdings das Jahr 1910 allgemein eine etwas günstigere Krankheitsziffer als das Jahr 1908, aber dieser allgemeine Rückgang steht zu dem Rückgang in der chemischen Industrie in gar keinem Verhältnis. Wir stellen nachstehend die Zahlen der Reichsstatistik den Zahlen einiger chemischer Großbetriebe gegenüber:

Auf je 100 Mitglieder entfielen:

	Krankheitsfälle			Krankheitsstage		
	1908	1909	Rückgang in Proz.	1908	1909	Rückgang in Proz.
Alle Betriebskrankenkassen . . .	49	46	6	897	886	1
Alle Ortskrankenkassen . . .	48	41	5	909	882	2
Chemische Fabrikwerke . . .	81	63	22	1108	868	22
Chemische Fabrik Griesheim . . .	97	60	38	1468	1190	18

Die Zusammenstellung zeigt, daß das angeblich gesundheitlich „ganz besonders günstige“ Jahr 1909 mit seinen allg. e. m. e. i. n. e. n. Krankenziffern nur wenig hinter 1908 zurücksteht. Wird es aber mit früheren Jahren, z. B. 1906 oder 1907, verglichen, so zeigt es sogar höhere Zahlen. Also mit den allg. e. m. e. i. n. e. n. günstigen Gesundheitsverhältnissen des Jahres 1909 ist es Essig; es war halt nur „besonders günstig“ für die chemischen Großbetriebe, die just in diesem Jahre mit einer Krankheitsstatistik begannen. Und wir sind noch immer der Meinung, daß zwischen diesen „besonders günstigen“ Gesundheitsverhältnissen und der Unternehmerstatistik ein Zusammenhang besteht.

Dann haben wir kritisiert, daß die Statistik zu wenig umfassen sei und daß nicht angegeben wurde, welche Art von Betrieben sich an der Statistik beteiligt haben. Wir schreiben: „Es ist nicht die geringste Angabe darüber gemacht, auf welche Gruppen der chemischen Industrie sich die Arbeiter verteilen; nicht einmal die Zahl der Betriebe, die berichtet haben, ist angegeben. Nun ist es aber eine alte Erfahrung, daß bei solchen Feststellungen diejenigen Unternehmer, die besonders ungünstige Verhältnisse, hier also besonders hohe Krankenzahlen, haben, die Beteiligung am meisten scheuen und umgekehrt die mit relativ günstigen Zahlen sich am regsten beteiligen. Wir dürfen demnach, selbst auf die „Gefahr“ hin, wieder einmal der Einseitigkeit und Uebertreibung beschuldigt zu werden, sagen, daß das statistisch erfaßte Viertel nicht die Krankheitsverhältnisse in der deutschen chemischen Industrie überhaupt darstellt, sondern vielmehr die relativ günstigen Verhältnisse in einigen Betrieben. Diese werden dann in ganz unzulässiger Weise verallgemeinert, und dadurch wird die Öffentlichkeit direkt irre geführt.“ Auf diesen Einwand antwortet Dr. Brauer auf Umwegen. Er meint, den kleinen Betrieben hätte man die Arbeit und Kosten einer solchen Statistik nicht zumuten

können, denn die erkreuten sich „ohnehin keiner besonderen Prosperität (Wohlfandes)“. Also die kleinen chemischen Unternehmer sind zu arm, um sich an einer Krankheitsstatistik beteiligen zu können. Die Ausrede ist wirklich Geld wert. Ueber die Beteiligung selbst erfahren wir nur, daß „fast sämtliche großen Betriebe der verschiedensten Branchen, der Farbenindustrie, der pharmazeutischen Industrie, der Düngemittelindustrie, der Industrie der Explosivstoffe usw.“ sich beteiligt haben. In welchem Verhältnis sie sich beteiligten und in welcher Industriebranche die Krankenziffer am höchsten war, darüber erfahren wir immer noch kein Wort. Drittens haben wir nachgewiesen, daß in der Statistik die Verhältniszahlen falsch berechnet sind. Es hieß in unserer Kritik: „Curschmann hat wiederholt Verhältniszahlen für die Gesamtheit dadurch gewonnen, daß er die entsprechenden Verhältniszahlen der einzelnen Gruppen addiert und dann durch die Zahl der Gruppen dividiert hat. Ein solches Verfahren ist statistisch unzulässig; es kann zwar unter bestimmten Bedingungen richtige Resultate ergeben, aber es gibt sie in der Regel nicht. Die Berechnung allgemeiner Prozentzahlen muß immer aus den absoluten Zahlen erfolgen.“ Wir haben dann noch an einem Beispiel klargestellt, wie erheblich die nach der von Dr. Curschmann angewandten Methode vermittelten Zahlen von den richtigen abweichen können. Und wir haben ferner darauf hingewiesen, daß Dr. Curschmann bei den weiblichen Mitgliedern ganz offensichtlich falsche Verhältniszahlen eingesetzt hat. Auf diesen Vorwurf antwortet Herr Dr. Curschmann mit — Schweigen. Wir haben ferner bemängelt, daß die Statistik der Unternehmer mit ganz unbrauchbaren Vergleichszahlen arbeitet und infolgedessen zu ganz falschen Schlüssen kommt. Auch auf diesen Vorwurf schweigt Dr. Curschmann.

Erst ganz am Schluß unserer Kritik bemerkten wir bei einer Durchsicht der Haupttabelle, daß die dort angegebenen Endzahlen mit den Einzelzahlen in den meisten Rubriken nicht übereinstimmen. Diese Feststellung veranlaßte uns, von einer eingehenden Besprechung der Statistik Abstand zu nehmen, weil wir in diesen Abweichungen Rechenfehler vermuteten und vermuten mußten. Es war gar keine andre Erklärung denkbar. Jetzt kommt nun Herr Dr. Curschmann mit der Enthüllung, daß seine Endzahlen nicht die Summe der Einzelzahlen darstellen, sondern — ja der Himmel weiß was sonst. Er schreibt, die angeführte Tabelle stelle „nicht ein einheitliches Ganzes dar; vielmehr sind darin alle die Zahlen verzeichnet, die spätere Verwendungen finden sollten und die teilweise entsprechend der Erhebung des Materials auf ganz verschiedene Wege gefunden worden sind“. Ja, aber seit wann, aus welchem Grunde und mit welchem Recht stellt man denn in einer statistischen Generaltabelle einen unkontrollierbaren Zahlenhaufen zusammen? Begründet wird diese eigenartige statistische Methode damit, daß im Jahre 1909 die weiblichen Mitglieder nicht getrennt aufgeführt sind und daß sich auch Ungenauigkeiten und Mißverständnisse bei der Eintragung der Krankheitsfälle ergeben haben. Nun ist diese Feststellung gewiß nicht geeignet, das Vertrauen in die Unternehmerstatistik zu stärken, wenn eine Kommission von Sachmännern zwei Jahre lang an der Vorbereitung einer Statistik arbeitet, sollte man hoffen dürfen, daß sie klappert. Aber nehmen wir diese Angabe wie sie kommt. Dann hätte doch aber nichts näher gelegen, als zu erklären, daß die eine für 1909, die andre für 1910, und jeder eine entsprechende Erklärung beizufügen. Statt dessen wird eine Tabelle aufgestellt, die angeblich die absoluten Durchschnittszahlen für die beiden Jahre, in Wirklichkeit aber ganz etwas anderes enthält. Und den gegebenen Einzelzahlen werden Endzahlen angefügt, die aber in Wirklichkeit keine Endzahlen sind. Just wie beim Zauberkünstler: eben ist es ein Taschentuch, dann ist es ein Kaninchen. Herr Dr. Curschmann scheint das auch einzusehen, denn er schreibt jetzt: „Es wäre — das soll nicht geleugnet werden — wohl besser gewesen, wenn eine entsprechende Erklärung gleich bei der Veröffentlichung der Tabelle schon beigelegt worden wäre.“ Ganz recht! Noch besser wäre es aber gewesen, die Mitarbeiter der Erhebung hätten dieses statistische Räthsel überhaupt nicht gedacht, denn die „Erklärung“ verbessert die Tabelle um kein Not.

Die Kritik, die wir an der Unternehmerstatistik geübt haben, hat also durch die Abwehrartikel der beiden Doktoren nichts an ihrer Berechtigung verloren. Im Gegenteil, die Behauptung, mit der die beiden Herren an den meisten Punkten unserer kritischen Besprechung vorbeischießen, sagt uns, daß unsere Kritik nicht nur berechtigt, sondern notwendig war. Und daß sie mitgeholfen hat, die Unternehmerstatistik auf ihren wahren Wert zurückzuführen, steht

außer Zweifel. Selbst Herr Dr. Brauer ist unendlich bescheiden geworden. Resigniert meint er, die Erhebung habe mindestens „einige interessante Anhaltspunkte für die Beurteilung der hygienischen Verhältnisse in der chemischen Industrie geliefert“. Ja, aber die Unternehmer wollten doch keine „interessanten Anhaltspunkte“, sondern viel, sehr viel mehr. Sie wollten Material, „um den Angriffen erfolgreich entgegenzutreten zu können, welche gegen die chemische Industrie wegen ihrer angeblich außerordentlich großen Gesundheitsgefährlichkeit vielfach erhoben werden“. Sie wollten „den Nachweis liefern, daß die in der Öffentlichkeit aufgestellten Behauptungen über das hohe Maß der Gesundheitsgefährlichkeit der chemischen Betriebe übertrieben“ seien. Es sollte auch den Hygienikern entgegengetreten werden, die „die Gefahren, die dem Leben und der Gesundheit des in chemischen Fabriken beschäftigten Personals drohen, in so übertriebener Weise barge stellt, daß die Aufsichtsbehörden dadurch notwendigerweise zu immer weitergehenden Schutzvorschriften und Betriebsbeschränkungen gedrängt werden“. (Direktor Wenzel.) Also Schutz gegen die öffentliche Kritik, Vorbeugung gegen gesetzlichen Arbeiterschutz sollte die Statistik bringen. Deshalb haben wir uns so eingehend mit der Bearbeitung beschäftigt, daß wir die Fehler und Mängel der Arbeit ins Licht gerückt. Wenn die Herren jetzt als Ergebnis ihrer Arbeit nur einige „interessante Anhaltspunkte“ gewonnen haben wollen, so ist für uns die Sache erledigt. Wir schmeicheln uns jedoch, zu dieser Umwertung des Ergebnisses durch unsere Kritik nicht unwesentlich beigetragen zu haben.

### × Gelbe Enttäuschungen in der B. A. S. F.

Ein geradezu großer Unfug in den chemischen Großbetrieben ist die Feier von Arbeitsjubiläen, zu welchen, um den Jubilar bescheiden zu können, unter den Arbeitern gesammelt wird. In wie weit diese Beträge die Wirkung der Direktoren findet, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir wissen bestimmt, daß die Direktion der Höchst Farbwerke den Nummern nicht blickt, denn das Bescheiden des Jubilars findet gewöhnlich in einer solennen Kneipe auf Kosten des Jubilars seinen Ausglick. Besondere Freude an derartigen Aufgelagen haben gelbe Arbeiter. So feierten am 25. Oktober d. J. zwei „treue Anilingelbe“ ihr 23jähriges Dienstjubiläum, und zwar Michael Kopf im Zinnfabrikbetrieb und der Arbeiter Lisch im Chlorbetrieb, eine der gefährlichsten Giftpflanzen. Es jubilierten die üblichen Dettellisten. Seitens der „Gelben“ wurden ca. 48 Mt. zusammengebracht. Nur das Allerhöchste an der Sache: Mit diesem Betrag hängen noch einige Bauten zusammen. Betriebsführer ist Dr. Setz, der ohnedies mit keinem Arbeiter ein freundliches Wort reden kann, seine beiden Assistenten sind Dr. Böbenroth und Dr. Meiser. Von diesen drei Persönlichkeiten wurde nicht ein Heller zu der Sammlung gegeben, obwohl es ihnen vorgezogen wurde. Selbst am Tage des Festes fand es nicht einmal einer dieser „Getren“ für würdig, dem treugebliebenen Jubilar nur zu gratulieren. In ähnlicher Weise erging es dem Jubilar Lisch. Wo bleibt nun hier die „nähere Fühlung“, von der der gelbe Vorstand so oft sprach, die zwischen Arbeitern und Vorgesetzten aufstehen können soll? Wenn doch selbst nicht einmal ein Arbeiter, der zur gelben Sorte zählt und von welchem man annimmt, daß er in allen Fällen seine Gesundheit einsetzt, von seinem Betriebsführer soviel geschätzt ist, daß er nicht einmal etwas zum Jubiläum gibt, wo bleibt da die nahe Fühlung? Dr. Setz hat ja bekanntlich schon früher Lieber Strafen verhängt als Lohn auszugeben, und wenn man dann gar aus dem eigenen Beutel etwas geben soll, das ist ja eine Sache, gumal für einen Arbeiter. Ein derartiges Vorkommnis kann man also nur begründen, und die „Gelben“ haben hier ein Beispiel, wie so nach und nach die Fühlung wieder verloren geht, die feierlich auf dem Limburgerfest besonders gefeiert wurde. Einige haben sich ja im Moment des Kampfes etwas gebessert dadurch, daß sie die „gelbe Schar“ vermehren halfen, aber jetzt hat die Sache so ziemlich ihr Ende. Nur abwarten!

### × Antreiberi höchster Potenz im Werk Elektron in Griesheim.

Der kürzlich im Werk Elektron in Griesheim vorgekommene Unfall, der behauptlich den Arbeiter Späth aus Griesheim als Opfer forderte, gab einem seiner früheren Mitarbeiter Anlaß, brieflich noch weitere Mißstände obigen Betriebes zu berichten, die ihn veranlaßten, dem Betrieb baldmöglichst den Rücken zu kehren. Er schreibt an die „Frankfurter Volksstimme“: „Mit großer Interesse habe ich den Artikel gelesen von der Chemischen Fabrik Griesheim. Ich erlaube mir, Ihnen noch einige Erläuterungen zu geben, da ich kürzlich dort beschäftigt war. Soviel ich in Erfahrung gebracht habe, ist das Ein- und Ausladen der Bahnmotoren und Schiffe einem Unternehmer verordnet, welcher nur seinerseits wieder den nötigen Profit aus den Arbeitern herauszuschinden. Es werden da durchschnittlich 40 bis 50 Arbeiter beschäftigt. Zum Schein werden die Arbeiter aus dem allgemeinen Lohnzahlungsbureau ausgezahlt. Der Unternehmer heißt Klinger. Es ist der Mühe wert, sich noch ganz besonders nach diesem Herrn zu erkundigen. Unter dessen Leitung sind auch die letzten Unglücksfälle passiert. Dieser Herr erweist allein 10 Vorkarbeiter. Ich habe auch das Glück gehabt, unter seiner Fuchtel zu stehen. Dann sind bei der Arbeit noch die Vorkarbeiter Hermann und Hofmann, letzterer ein ungeheurer Klotz. Um die Wagen ein- und auszurangieren, sind drei Lokomotiven da, welche dem Werk gehören. Wenn nun keine Maschine da ist, müssen die Arbeiter die Wagen fortziehen, welches eine schwere Arbeit ist, denn das Gleis ist stellenweise sehr ansteigend. Bei diesen Arbeiten tut sich Vorkarbeiter Hermann besonders hervor. Er brüllt die Leute an, wenn es nicht schnell genug geht, da

## Die Zündholzchen-Industrie in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Im Auftrag des Bundesarbeitsamts der Vereinigten Staaten führte Dr. John B. Andrews im Jahre 1909 eine Untersuchung über die amerikanische Zündholzchen-Industrie durch, die sich auf 15 von den 16 Betrieben erstreckte, deren Existenz bekannt war. Doch konnte Dr. Andrews nur vier Fabriken selbst besuchen; in den übrigen wurde das Material von Agenten des Arbeitsamts gesammelt, die namentlich über die Phosphorvergiftungen nur unzureichende Auskunft erhielten.

In den 15 Betrieben waren insgesamt 3583 Arbeiter beschäftigt, darunter 1988 männliche und 1595 weibliche Personen. Das Alter war bei 47 männlichen und 70 weiblichen Personen nicht zu ermitteln; unter den übrigen befanden sich 44 Knaben und 66 Mädchen von 14 Jahren, 62 Knaben und 111 Mädchen von 15 Jahren, 119 Knaben und 187 Mädchen von 16 Jahren, 212 Knaben und 871 Mädchen von 17—18 Jahren, zusammen also 1182 jugendliche Personen im Alter von 14—18 Jahren (36 Prozent aller Personen mit bekanntem Alter). Gebürtige Amerikaner waren von den männlichen Arbeitern nur 696 und von den Arbeiterinnen 471; die Mehrzahl der Arbeiter in Zündholzchenfabriken sind Einwanderer, und zwar sind die Deutschen unter den männlichen Personen mit 881, unter den Arbeiterinnen mit 410 vertreten; am nächsten kommen dann bei den Arbeitern die Italiener (171) und bei den Arbeiterinnen die Polinnen (136). Von den Arbeitern ist ungefähr die Hälfte verheiratet, von den Arbeiterinnen sind weitaus die meisten ledig; es waren unter diesen nur 100 verheiratete und 40 verwitwete Personen. Überhaupt sind es nicht Erzeugnisse des Arbeiterfortschritts, die in Amerika verheiratete Frauen von der Fabrikarbeit fernhalten, sondern der Geist des Minderwunders, dem sich jeder fügen muß, der nicht geachtet sein will.

Phosphordämpfe waren 2207 Personen ausgesetzt, und zwar 881 Arbeiter und 1326 Arbeiterinnen; unter den Gefahr ausgesetzten Personen befanden sich 256 Knaben und 707 Mädchen von 14 bis 18 Jahren.

Die Lohnhöhe ist selbst bei den erwachsenen Männern im Alter von

25 Jahren und darüber sehr bescheiden, denn von diesen verdienten in einer „repräsentativen“ Woche 30 Prozent 12 Dollar (1 Dollar = 4,20 Mt.) oder mehr, 20 Prozent nicht ganz 12 Dollar und 50 Prozent weniger als 10 Dollar (11 Prozent weniger als 6 Dollar). Von den Knaben unter 16 Jahren verdienten 20 Prozent weniger als 3 Dollar, 19 Prozent 3 bis nicht ganz 4 Dollar, 34 Prozent 4 bis nicht ganz 5 Dollar und die übrigen 5 bis nicht ganz 7 Dollar; von den 16- und 17-jährigen Knaben hatten 48 Prozent einen Wochenverdienst von weniger als 5 Dollar, 34 Prozent von 5 bis nicht ganz 7 Dollar und 18 Prozent von 7 Dollar aufwärts. Noch viel schlechter entlohnt sind die Arbeiterinnen, von denen 84 Prozent weniger als 5 Dollar, 35 Prozent 5 bis nicht ganz 7 Dollar, 27 Prozent 7 bis nicht ganz 10 Dollar und 4 Prozent 10 Dollar oder mehr verdienen. Von den Mädchen unter 16 Jahren hatten 15 Prozent einen Wochenlohn von weniger als 3 Dollar, 16 Prozent von 3 bis nicht ganz 4 Dollar, 41 Prozent von 4 bis nicht ganz 5 Dollar und die übrigen verdienen 5 Dollar oder mehr. (Nur ein Mädchen stand in der Verdienstkategorie 8—10 Dollar.)

Die „Spezialagenten“ des Arbeitsamts, die die Zündholzchenfabriken besuchten, vermochten in ganzen 16 Fälle von Phosphorvergiftung zu überzeugen. Dr. Andrews besuchte die Arbeiter (wahrscheinlich einen Teil der Arbeiter) von vier Fabriken in ihren Wohnungen und stellte dabei 82 Fälle dieser schrecklichen Krankheit fest, war nicht bei den von ihm besuchten Arbeitern allein, sondern nach deren Auskunft und daraufhin angelegten Nachforschungen auch bei damals nicht mehr in dieser Industrie beschäftigten Personen. Eine mehr eingehende Erhebung, meint der Autor, hätte zweifellos noch eine viel größere Zahl von Vergiftungsfällen ans Licht gebracht. Dabei muß man sich vergegenwärtigen, daß die Unternehmer vielfach in der Öffentlichkeit behaupteten, es gebe keine Phosphorvergiftungen in den Vereinigten Staaten! In einer kleinen Fabrik kamen in den letzten 80 Jahren 21 schwere Fälle vor, von welchen viele die Entfernung eines oder beider Kiefer zur Folge hatten, in einem andern Betrieb, der zu den „modernsten“ gehört, in der gleichen Zeit 16 solcher Fälle. Die Todesfälle infolge Phosphorvergiftung waren weit schwerer festzustellen, schon aus dem Grund, weil häufig gar nicht bekannt wurde, daß die Vergiftung die Todesursache war. Unternehmer und Betriebsärzte scheinen sich im Verleugern von Krankheitsfällen überboten zu haben

und von den Arbeiterinnen war ebenfalls sehr selten die Wahrheit herauszubekommen, namentlich von jenen, die inzwischen die Fabrikarbeit aufgegeben hatten und eheliche Ehefrauen geworden waren (Seite 24 des amtlichen Berichts). Bemerkenswert ist auch die sträfliche Indifferenz des Publikums. Eine der größeren Fabriken begann vor einigen Jahren mit der Herstellung giftfreier Zündholzchen, die nach amerikanischer Art marktschreierlich angepriesen wurden. Das Ergebnis war negativ, die giftfreien Zündholzchen wurden nicht begehrt und die Firma entschloß sich deshalb dazu, die Erzeugung wieder aufzugeben, da die Kosten um etwa 5 Prozent höher waren.

In der Regel wissen die Arbeiter gar nicht, was die Ursache der Krankheit ist, so daß bei epidemischem Ausbruch der Miere oft der Schwefel dafür verantwortlich erklärt wird. Um der Gefahr der Vergiftung vorzubeugen, wird teils wenig, teils gar nichts getan; die Unternehmer unterlassen gewöhnlich jede Art Aufklärung und geben keine Verhaltensmaßregeln zum Schutz der Vergiftung. Dazu kommt, daß die Betriebe im allgemeinen echt amerikanisch schmutzig sind.

Die Situation des Personals ist sehr groß; nur wenige bleiben eine Reihe von Jahren hindurch in der Zündholzchenindustrie beschäftigt. Ob nur die elenden Arbeitsverhältnisse überhaupt oder auch die Furcht vor Vergiftung im besonderen hierzu Anlaß geben, läßt sich nicht sagen. Trotz ihrer erbärmlichen Lage und der Voraussicht, nicht dauernd im Betrieb zu bleiben, scheuten sich die Arbeiter gemeinlich, Dr. Andrews in ihren Wohnungen Auskunft zu geben aus Furcht, daß sie deshalb entlassen werden könnten.

Der Autor unterläßt es bedauerlicherweise, eine allseitige Zusammenfassung der von ihm festgestellten Vergiftungsfälle und ihrer Folgen zu geben; er beschränkt nur jeden einzelnen Fall für sich. Die Namen der Opfer kennt er, aber sie werden nicht veröffentlicht, auch nicht die Namen der Firmen, doch liegen sich diese ohne große Schwierigkeit feststellen. Von den 82 Fällen, die behandelt werden, ereigneten sich 21 in einer Fabrik in Maine, 40 in dem „modernsten“ Betrieb in Wisconsin, 19 in einer Fabrik in Indiana und 2 in einer Fabrik in Minnesota; in jedem dieser Staaten gibt es nur eine Zündholzchenfabrik. Doch sind die Zustände in den von „Spezialagenten“ besuchten Betrieben höchstwahrscheinlich nicht besser.

